ARBEIT BEWEGUNG GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN 2024/III

SCHWERPUNKT

100 JAHRE ROTE HILFE PRAKTIKEN DER SOLIDARITÄT

Mit Beiträgen von Knud Andresen, Mareen Heying, Janik Hollnagel, Ronja Oltmanns, Vincent Delius, Pär Frohnert, Silke Makowski, Dominik Aufleger, Markus Mohr, Jan-Hendrik Schulz

METROPOL

ISSN: 2366-2387

Impressum

ISSN: 2366-2387 | ISBN: 978-3-86331-771-3

Herausgeber:

© Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Weydingerstr. 14–16, D–10178 Berlin **Verlag:** Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, D–10777 Berlin, www.metropol-verlag.de veitl@metropol-verlag.de

Redaktion: Eric Angermann, Dr. Fabian Bennewitz, Vera Bianchi, Dr. Marcel Bois, Dr. Holger Czitrich-Stahl, Minas Hilbig, Janik Hollnagel (V.i. S. d. P.), Anna Horstmann, Bernd Hüttner, Leonie Karwath, Dr. Dietmar Lange, Lisa Leichthammer, Katja Reuter, Lukas Rosenberg, Anja Thuns, Dr. Axel Weipert Gastredakteur:innen: PD Dr. Knud Andresen, Dr. Mareen Heying Weydingerstraße 14–16, D–10178 Berlin www.arbeit-bewegung-geschichte.de redaktion@arbeit-bewegung-geschichte.de Für Buchbesprechungen: buchbesprechungen@arbeit-bewegunggeschichte.de "Arbeit – Bewegung – Geschichte" erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) im Metropol Verlag Berlin im Gesamtumfang von ca. 600 Seiten. Jahresabonnement 39,- € (Inland) bzw. 49,-€ (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 14,- €, zzgl. Porto. Das Abonnement verlängert sich zu den jeweils geltenden Bedingungen um ein

Jahr, wenn es nicht zwei Monate vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Bestellungen, Vertrieb und Anzeigenannahme: Metropol-Verlag

Die in "Arbeit– Bewegung– Geschichte"

veröffentlichten Texte sind urheberrechtlich geschützt. Es erscheinen nur Beiträge, die nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet). Wird ein Manuskript zur Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an den Herausgeber, auch für eine Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift. Manuskripte (nur letzte Fassungen) können per E-Mail, vorzugsweise als Word-Datei, bei der Redaktion eingesandt werden. Beiträge sollten 50000, Berichte 10000 und Buchbesprechungen 8000 Zeichen nicht überschreiten (inkl. Fußnoten und Leerzeichen). Die Redaktionsrichtlinien sind auf unserer Website abrufbar. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Beiträge für die Zeitschrift werden nicht honoriert. Hefte bis einschl. Jahrgang 2015 könnensoweit noch vorhanden- über die Redaktion bestellt werden.

Satz: Metropol Verlag
Unterstützendes Korrektorat:
Hildegard Fuhrmann
Druck: Arta Druck, Berlin
Redaktionsschluss: 5.8.2024

Inhalt

Schwerpunkt: 100 Jahre Rote Hilfe. Praktiken der Solidarität

- 9 Knud Andresen/Mareen Heying/Janik Hollnagel: 100 Jahre Rote Hilfe. Praktiken der Solidarität – Einleitung
- 24 Ronja Oltmanns/Vincent Delius: Aufstand, Verfolgung und Solidarität. Die Gründungsphase der Roten Hilfe in Nordwestdeutschland 1923–1925
- 50 *Pär Frohnert*: Die Flüchtlingshilfe der schwedischen Röda Hjälpen in den 1930er-Jahren
- 72 Silke Makowski: Solidarität im Untergrund.

 Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933
- 93 *Dominik Aufleger*: Linke Solidaritätsarbeit in den langen 1970er-Jahren. Die Roten und Schwarzen Hilfen
- 114 Markus Mohr/Jan-Hendrik Schulz: Parteimaoistische Solidarität. Die Rote Hilfe e. V. der KPD/AO in den 1970er-Jahren

Geschichtskultur

136 Ulrich Schneider: Antifaschismus im Archiv.
 Die Sammlungen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
 Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Berichte

142 Rosa Öfinger: Von der Internationale zur Völkerfreundschaft? Kommunismus und Transnationalität im 20. Jahrhundert 4 INHALT

Buchbesprechungen

Rukmini Barua: In the Shadow of the Mill: Transformation of Workers' Neighbourhoods in Ahmedabad, 1920s to 2000 (*Catharina Hänsel*)

- 151 Knut Bergbauer/Sabine Fröhlich/Stefanie Schüler-Springorum: Hans Litten – Anwalt gegen Hitler. Eine Biographie (*Uwe Sonnenberg*)
- 154 Sandra Dahlke/Nikolaus Katzer/Denis Sdvizhkov (Hrsg.): Revolutionary Biographies in the 19th and 20th Centuries. Imperial, Inter/national, Decolonial (*Svenja von Jan*)
- 157 Roman Danyluk: Unter sticht Ober. Eine Sozialgeschichte der bayerischen Revolution 1918/19 (*Fritz Letsch*)
- 160 FrauenLesbenBande (Hrsg.): Mili bittet zum Tanz. Auf den Spuren des militanten Feminismus der Roten Zora (*Anke Hoffstadt*)
- Jacopo Galimberti: Images of Class. Operaismo, Autonomia and the visual arts, (1962–1988) (Massimiliano Livi)
- 165 Elisa Heinrich: Intim und respektabel. Homosexualität und Freundinnenschaft in der deutschen Frauenbewegung um 1900 (*Vera Bianchi*)
- Julia Holzmann: Geschichte der Sklaverei in der Niederländischen Republik. Recht, Rassismus und Handlungsmacht Schwarzer Menschen und People of Color, 1680–1863 (*Lukas Rosenberg*)
- 171 Michael Kittner/Ernesto Klengel: Die Entstehung des Kündigungsschutzgesetzes. Eine Nachkriegs-Beziehungs-Geschichte zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften (Wolf-Dieter Rudolph)
- 174 Alexander Kraus/Aleksander Nedelkovski/Anita Placenti-Grau (Hrsg.): Percorsi di vita. Lebenswege nach Wolfsburg (*Nuria Cafaro*)

INHALT 5

177	Eva Lütkemeyer: Wendemanöver. Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie 1989/90–1994 (<i>Detlev Brunner</i>)
180	Anita Leocádia Prestes: Olga Benario Prestes. Eine biografische Annäherung (<i>Lucas Reinehr/Cathleen Bürgelt</i>)

- 182 Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus (Sebastian Klauke)
- Louise Toupin: Lohn für Hausarbeit.Chronik eines internationalen Frauenkampfes (Anna Horstmann)
- 187 Helen Wagner: Vergangenheit als Zukunft?
 Geschichtskultur und Strukturwandel im Ruhrgebiet (*Klaus Wisotzky*)
- 189 Holger Weiss: A Global Radical Waterfront: The International Propaganda Committee of Transport Workers and the International of Seamen and Harbour Workers, 1921–1937 (*Dieter Nelles*)
- 192 Helge Wendt: Kohlezeit. Eine Global- und Wissensgeschichte (1500–1900) (*Stefan Berger*)
- 194 Wiebke Wiede/Johanna Wolf/Rainer Fattmann (Hrsg.): Gender Pay Gap. Vom Wert und Unwert von Arbeit in Geschichte und Gegenwart (*Mette Bartels*)
- 198 Abstracts
- 202 Autor:innen
- 204 Wissenschaftlicher Beirat

Aufstand, Verfolgung und Solidarität Die Gründungsphase der Roten Hilfe in Nordwestdeutschland 1923–1925

Ronja Oltmanns/Vincent Delius

Die Welle von Verhaftungen, die die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) infolge der Aufstände im Oktober 1923 überrollte, traf insbesondere ihre beiden nordwestdeutschen Bezirke, Wasserkante und Nordwest, hart. Bereits im Zuge der Novemberrevolution waren lokale Komitees zur Unterstützung politischer Gefangener entstanden, und die KPD hatte 1920 eine "Ausgleichsstelle für die Unterstützung politischer Gefangener" eingerichtet. Da diese nicht in der Lage war, die zunehmende politische Verfolgung, etwa infolge der "März-Aktion",² aufzufangen, rief die KPD im April 1921 zur Gründung von "Rote-Hilfe-Komitees" auf, die die organisierte Solidaritätsarbeit "bis in die untersten Einheiten der Partei" tragen sollten.³ Im Zuge einer Neuformierung 1922 wurden die beiden zuvor gemeinsam im "Bereich Nord" verwalteten Rote-Hilfe-Bezirke Wasserkante und Nordwest eigenständig, die Gliederung der RH-Komitees war damit deckungsgleich mit den Bezirken der KPD.⁴

- Rote Hilfe e.V./Hans-Litten-Archiv e.V.: "Darum schafft 'Rote Hilfe'!". Die Rote-Hilfe-Komitees ab 1921, Göttingen 2021, S.9.
- 2 1921 kam es in Mitteldeutschland zu einem Aufstandsversuch der KPD, der auch als "März-Aktion" oder "Mitteldeutscher Aufstand" bezeichnet wurde. Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt/Main 1969, S. 41. Siehe auch: Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/Main/New York 1986.
- 3 Lebenserinnerungen Gustav Gundelach, Bundesarchiv Berlin (BArch) SGY 30/251, Bl. 314 f (Zitat); Nikolas Brauns: "Schafft Rote Hilfe!" Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003, S. 25.
- 4 Neben der temporären Existenz des RH-Oberbezirks "Nord" bis 1922 bestand in Vorbereitung des Oktoberaufstandes der durch Albert Schreiner geführte militärpolitische (MP-) Oberbezirk Nord-West, der unter anderem Hamburg, Bremen und Oldenburg umfasste. Erich Wollenberg: Der Hamburger Aufstand und die Thälmann-Legende, in: Jens Johler (Hrsg.): Schwarze Protokolle. Nr. 6, Berlin 1973, S.8–17.

Trotz dieser Anstrengungen überforderte die Repression nach den Oktoberaufständen die vorhandenen Solidaritätsstrukturen. Die KPD und ebenso die RH-Komitees wurden von November 1923 bis März 1924 verboten.⁵

Nach dem Ende ihres Verbots wurde die kommunistische Antirepressionsarbeit im Laufe des Jahres 1924 im Rahmen einer neuen reichsweiten Organisation, der "Roten Hilfe Deutschlands" (RHD), neu aufgestellt. Zeitgleich verabschiedete sich die KPD schrittweise von der Strategie, die Verhältnisse durch einen bewaffneten Aufstand zu Fall zu bringen.⁶ Die Erfahrungen des gescheiterten "Deutschen Oktobers",7 in dessen Folge die Ausgaben der Roten Hilfe für die Unterstützung von Angeklagten, Inhaftierten und Angehörigen - vor allem in den norddeutschen Aufstandsgebieten - rapide anstiegen, waren von entscheidender Bedeutung für den Prozess der Neustrukturierung.8 Während der Hamburger Aufstand sowohl der Forschung als auch der interessierten Öffentlichkeit bekannt ist, sind die zeitgleich stattfindenden Aufstände weitgehend unbeachtet geblieben: Auch in der nordwestdeutschen Provinz – nachweislich im Kreis Steinburg, in den Industrieorten nördlich von Bremen und im Großherzogtum Oldenburg - versuchte sich die revolutionäre Strömung der Arbeiterbewegung an einem Umsturz. Diese Aufstände wurden in der Forschung zwar an unterschiedlichen Stellen beschrieben, ihre Implikationen jedoch nie ausbuchstabiert.9 Sie fordern nicht nur die gängige Erzählung

- 5 Mitteilung des Chefs der Heeresleitung Hans von Seeckt, 21. 2. 1924, Staatsarchiv Bremen (StAB), 4.65, 470.
- Weber, Wandlung, S. 101–104; Marcel Bois: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfront. Die Hamburger KPD während ihrer "Kampfzeit" (1919–1923), in: Olaf Matthes/Ortwin Pelc (Hrsg.): Die bedrohte Stadtrepublik. Hamburg 1923, Hamburg 2023, S. 88–95, hier S. 89.
- Mit dem Begriff "Deutscher Oktober" wird der vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) ersonnene Plan bezeichnet, angesichts der multiplen Krisen im Herbst 1923 eine proletarische Revolution nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution 1917 durchzuführen. Eine ausführliche Quellenedition der entsprechenden Komintern- und KPD-Dokumente liegt seit 2003 vor: Bernhard Bayerlein u.a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003.
- Jahresbericht der Roten Hilfe 1923, hrsg. v. Zentralkomitee der Roten Hilfe, Berlin 1924, Hans-Litten-Archiv, https://www.hans-litten-archiv.de/images/RH-Jahresbericht*1923. pdf [29.2.2024], S.5.
- 9 Arne Andersen: "Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!" Die KPD in Bremen von 1928–1933, München 1987, S. 36 f. Auch die neueste Forschung positioniert sich nicht zu den Implikationen dieser Feststellung: Ortwin Pelc: Der Traum von der Räterepublik: Schleswig-Holstein und der Hamburger

über den Hamburger Aufstand heraus,¹⁰ sondern ihre Nichtbeachtung verstellt auch den Blick darauf, wie zentral die Folgen der Aufstände für die Gründung der Roten Hilfe waren.¹¹

Im Folgenden wird untersucht, welche Rolle die staatliche Repression gegen die Aufständischen des "Deutschen Oktobers" beim Gründungsprozess der Roten Hilfe in Nordwest und Wasserkante spielte und welchen Einfluss dies auf den reichsweiten Organisationsaufbau hatte. Dabei markiert der Aufstand den Beginn des Untersuchungszeitraums, der mit der Verabschiedung des Amnestiegesetzes für politische Straftaten am 17. August 1925 endet, welches zur Freilassung zahlreicher Aufstandsgefangener führte.¹²

Die Untersuchung der Gründungsphase der RHD in den Bezirken Nordwest und Wasserkante als Konsequenz der Oktoberniederlage erfolgt notwendigerweise organisationsgeschichtlich. Darüber hinaus werden sozialhistorische Schlaglichter auf die Praxis der Roten Hilfe geworfen, indem ihre Überparteilichkeit sowie die Rolle von Frauen und Migrant*innen¹³ diskutiert werden.

Aufstand 1923, in: Matthes/Pelc, Stadtrepublik, S. 126–135. Gerhard Wiechmann hat die Aufstände im Großherzogtum Oldenburg beschrieben und als einziger seine Verwunderung darüber ausgedrückt, dass der Hamburger Aufstand dennoch als isoliertes Ereignis gilt: Gerhard Wiechmann: Krieg, Krisen, Revolutionen: Militär, Polizei und Einwohnerwehren in Oldenburg 1914 bis 1935. Ein Überblick, in: Udo Elerd (Hrsg.): Von der Bürgerwehr zur Bundeswehr. Zur Geschichte der Garnison und des Militärs in der Stadt Oldenburg, Oldenburg 2006, S. 65–92, hier S. 87–90.

- 10 Demnach sei der Hamburger Aufstand ein isoliertes Ereignis gewesen, welches sich auf einen Kommunikationsfehler der KPD-Leitungen, einen Alleingang der Hamburger Bezirksleitung oder strategische Überlegungen innerhalb des konspirativen Militärapparats der KPD zurückführen ließe. Zur Geschichte des Aufstandes siehe u.a.: Wulf D. Hund: Der Aufstand der KPD 1923, in: ders. u.a. (Hrsg.): Hamburg-Studien, Wiesbaden 1983, S.32–61; Ortwin Pelc: Der Hamburger Aufstand 1923. Anlass, Verlauf und Folgen, in: Matthes/Pelc, Stadtrepublik, S. 104–125; Marcel Bois: Aufstand mit Absage. Der "Deutsche Oktober" und die Kommunistische Internationale, in: Matthes/Pelc, Stadtrepublik, S. 96–103.
- 11 Brauns beschreibt den Hamburger Aufstand ebenfalls als prägend für die Reorganisation der RH, geht dabei aber auch nur auf Hamburg/Wasserkante ein. Brauns, Rote Hilfe, S. 37 f.
- 12 Pelc, Aufstand, S. 121. Am 25. Oktober 1925 wurde außerdem der KPD-Bezirksvorsitzende für Wasserkante, Hugo Urbahns, aus der Festungshaft entlassen. Die Freilassung wurde durch die Immunität ermöglicht, die Urbahns genoss, nachdem er aus der Haft heraus in den Reichstag gewählt worden war. Lagebericht Nr. 13 der Polizeirektion Hamburg vom 18. 11. 1925, StAB 4.65, 1589.
- 13 In den untersuchten Fällen handelt es sich um Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Zur Begriffsdefinition von Migration: Jochen Oltmer: Migration vom 19. bis zum

Die Geschichte der Roten Hilfe ist trotz ihrer herausragenden Rolle als einer der erfolgreichsten und mitgliederstärksten Verbände im System der Massenorganisationen der KPD erstaunlich wenig erforscht worden. ¹⁴ Dies gilt auch für die Bezirke Wasserkante und Nordwest, für die keine speziellen Untersuchungen vorliegen. Aufgrund der außergewöhnlich guten Überlieferung zur Roten Hilfe im Staatsarchiv Bremen finden die Entwicklungen im Bezirk Nordwest jedoch exemplarisch Beachtung in den allgemeineren Arbeiten zur Roten Hilfe. ¹⁵

Der dort verwahrte Bestand der Nachrichtenstelle der Polizei umfasst sowohl Dokumente über die Rote Hilfe im Bezirk Nordwest als auch politische Lageberichte, unter anderem von der Hamburger Polizei. Die Überlieferung zur Organisation in Nordwest ist trotz ihres Umfangs weitgehend fragmentarisch, weshalb sich Entwicklungen über längere Zeiträume hinweg schwer nachvollziehen lassen. Dennoch ist die Quellenlage für Nordwest umfassender als für den Raum Hamburg, wo die entsprechenden Akten der politischen Polizei 1945 vernichtet wurden. Aus diesem Grund wurde bei der Recherche zum Bezirk Wasserkante

- 21. Jahrhundert, 3. aktual. u. erw. Aufl., Berlin/Boston 2016, S. 2; Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 78. Kritische Anmerkungen zum Gebrauch des Begriffs: Anda Nicolae-Vladu: Kämpfe der Migration innerhalb der Nordwolle (NWK) in der Weimarer Republik. Der konzernweite Streik 1927, in: Arbeit Bewegung Geschichte 2021, H. 1, S. 44–68, hier S. 50–55.
- 14 Mitgliedszahlen der KPD und ihrer Massenorganisationen finden sich in Weber, Wandlung, S. 362–366. Mit Ausnahme des Roten Frontkämpferbundes (RFB) wies keine andere Organisation im Umfeld der KPD mehr Mitglieder auf als die RHD. Bemerkenswert ist die hohe Zahl von nicht in der KPD organisierten Mitgliedern, ein Hinweis auf eine erfolgreiche Umsetzung der angestrebten Überparteilichkeit. Ein sehr guter Forschungsüberblick unter Berücksichtigung unveröffentlichter Qualifikationsarbeiten, DDR- und internationaler Literatur findet sich bei: Sabine Hering/Kurt Schilde: "Weißer Terror" und "Rote Hilfe", in: dies. (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Geschichte einer kommunistischen "Wohlfahrtsorganisation" und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941), Bonn 2002, S. 15–27, hier S. 19–25. Verwiesen sei auch auf die Bibliographie von Heinz Sommer: Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie, Berlin 1991.
- 15 Als Standardwerk gilt nach wie vor: Brauns, Rote Hilfe. Auch in den historischen Veröffentlichungen der heutigen Roten Hilfe finden sich wertvolle Hinweise zur Entwicklung der Organisation in den beiden Bezirken: Rote Hilfe/Hans-Litten-Archiv, Rote-HilfeKomitees. Bei diesen handelt es sich zwar nicht um wissenschaftliche Literatur im engeren
 Sinne, jedoch muss die Autorin Silke Makowski als eine der besten Kenner*innen der historischen Roten Hilfe gelten; ihre Arbeiten sind quellengesättigt und entsprechen wissenschaftlichen Standards.
- 16 Uwe Bollmann/Klaus Lorenzen-Schmidt: Bestand 331-3 Politische Polizei in der Neuordnung, in: Archivjournal. Neuigkeiten aus dem Staatsarchiv Hamburg, 2013, H. 1, S.6.

auf den digitalisierten Bestand der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" (HVZ) zurückgegriffen.¹⁷ Die ungleiche Gewichtung der sozialhistorischen Aspekte beider Bezirke liegt in der ungleichen Quellenlage begründet.

Der "Deutsche Oktober" und die Gründung der Roten Hilfe im Bezirk Nordwest

In der Forschung ist bisher weitgehend unbeachtet geblieben, dass es zeitgleich zum Hamburger Aufstand weitere Aufstände in der nordwestdeutschen Provinz gab und diese im Bezirk Nordwest¹⁸ eng mit der Gründungsphase der Roten Hilfe verknüpft waren. So wurde am 23. Oktober 1923 in den Industriebetrieben nördlich von Bremen gestreikt. Die Arbeiter*innen der Wollkämmerei im preußischen Blumenthal und der Vulkan-Werft im bremischen Vegesack hatten die Betriebe übernommen, die Telefonzentrale und die Tore besetzt sowie die Werksleitungen gefangen genommen. Im Inneren der Betriebe formierten sie "proletarische Hundertschaften".¹⁹

In den Mittagsstunden setzten 100 bis 150 Aufständische in Booten über die Weser in den oldenburgischen Ort Berne über. Ein Teil von ihnen organisierte sich dort Fahrräder, um schneller voranzukommen, ein anderer Teil ging zu Fuß. Strategisch besetzten sie zunächst das Postamt, um die Kommunikation kontrollieren zu können. Anschließend zogen sie zum Haus des Kriegervereins und erbeuteten dort unterschiedliche Waffen, bei Landwirten beschlagnahmten sie Erntevorräte sowie weitere Waffen. In der Zwischenzeit waren Einheiten der oldenburgischen Ordnungspolizei und der Ortswehr von Berne eingetroffen. Auf der anderen Weserseite sollte eine Hundertschaft der Schutzpolizei aus Geestemünde Plünderungen beenden, zudem wurden drei Torpedoboote

- Weitere Akten aus dem Bundesarchiv (SAPMO) konnten im Rahmen des Artikels leider nicht mehr berücksichtigt werden.
- 17 Die HVZ war zwischen Oktober 1923 und März 1924 verboten; es erschienen nur vereinzelt illegale Ausgaben.
- 18 Der Bezirk bestand 1924/25 aus den Unterbezirken Bremen, Vegesack, Bremerhaven, Oldenburg, Wilhelmshaven, Emden, Osnabrück, Rheine und Münster. Adressen der Ortsgruppen der RH im Bezirk Nordwest, o. D. [1924], StAB, 4.65, 471.
- 19 Tagesbericht Nr. 255 der Abteilung III der Polizeidirektion Bremen, 27. 10. 1923, StAB, 4.65, 1556. In den darauffolgenden Tagen verfuhren die Arbeiter*innen mehrerer Großbetriebe im Bremer Stadtgebiet und im Hafen auf ähnliche Weise. Auch in Bremerhaven streikten die Hafenarbeiter in Reaktion auf den Aufstand.

geschickt. Es kam zum Schusswechsel auf der Weser, den Aufständischen wurde später vorgeworfen, zuerst das Feuer eröffnet zu haben. Die Polizei erschoss den Arbeiter Karl Reiss und verletzte mehrere seiner Genossen.²⁰ 47 Aufständische wurden festgenommen und ins Gefängnis nach Oldenburg gebracht, die Mehrheit entkam jedoch über Fluss und Felder. Nachdem sich die Nachricht über die Festnahmen auch auf der anderen Seite der Weser verbreitet hatte, setzten erneut Arbeiter aus den dortigen Industriebetrieben über und versuchten erfolglos, die Gefangenen zu befreien.²¹

Bereits drei Wochen später verurteilte das Landgericht Oldenburg 39 der Verhafteten wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen zwischen vier und 15 Monaten. Sechs Personen wurden freigesprochen. Der Aufstand beschränkte sich nicht auf die Industriezentren an der Weser, sondern brach auch im beschaulichen Augustfehn im heutigen Landkreis Ammerland aus. Dort begannen am Nachmittag des 24. Oktober rund 150 Personen mit der Plünderung von Läden. Anschließend beschlagnahmten sie – vorbereitet mit einer Waffenscheinliste – Gewehre und Revolver auf den umliegenden Gehöften und beim Gemeindevorsteher. Laut Oldenburgischem Innenministerium handelte es sich um "kommunistische, von fremden Agitatoren aufgewiegelte Arbeiter des Stahlwerks Augustfehn". Auch hier schritt die Ordnungspolizei aus Oldenburg ein und entwaffnete die Aufständischen – sie brauchte damit aber bis zum nächsten Tag. Acht Aufständische wurden als Rädelsführer inhaftiert, weitere Festnahmen folgten später. Hen der Vertreich von der Vertreich von der Vertreichen von der Vertreich vertreich von der Vertreichen v

- Diese Angabe stammt aus dem Bericht des oldenburgischen Innenministeriums an die Polizeidirektion in Bremen, 29. 10. 1923, StAB, 4.65, 1573. Im Gerichtsurteil gegen einige Aufständische sind der Tote und die Verletzten nicht erwähnt: Urteil des Landgerichts (LG) Oldenburg gegen Meyer u.a., 14. 11. 1923, Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg (NLA OL), Best. 136, Nr. 2857/1. Aus dem Sterberegister geht jedoch eindeutig hervor, dass es sich bei dem Toten um Karl Reiss (geb. 1886 oder 1888 in Rippin-Ellguth, heute: Ligota Rybińska) handelt: Eintrag im Sterberegister des Standesamt Farge, 27. 10. 1923, StAB, 4.60, 5, 2135.
- 21 Urteil des LG Oldenburg gegen Meyer u.a., 14.11.1923, NLA OL, Best. 136, Nr. 2857/1.
- 22 Bericht des Oldenburgischen Innenministeriums an die Polizeidirektion Bremen, 29. 10. 1923, StAB, 4.65, 1573; Urteil des LG Oldenburg gegen Meyer u.a., 14. 11. 1923, NLA OL, Best. 136, Nr. 2857/1.
- 23 Bericht des Oldenburgischen Innenministeriums an die Polizeidirektion Bremen, 29. 10. 1923, StAB, 4.65, 1573.
- 24 Ebenda; Lagebericht Nr. 6 [der Polizei Oldenburg] an die Polizeidirektion Bremen, 14. 12. 1923, StAB, 4.65, 1573.

Die geschilderten Episoden lassen den Hamburger Aufstand nicht nur in neuem Licht erscheinen, sondern haben auch das Potenzial, den Forschungsstand zu diesem historischen Ereignis zu erweitern und in Teilen zu revidieren. Im Folgenden wird gezeigt, wie zentral die Folgen des Hamburger Aufstands – und nun müssen wir anmerken: auch des Vegesacker, Blumenthaler, Berner und Augustfehner Aufstands - für die Entstehung der Roten Hilfe in den Bezirken Wasserkante und Nordwest waren.²⁵ So urteilte das Rote-Hilfe-Komitee des Bezirks Nordwest in seinem ersten Rundschreiben: "Die verflossene Oktoberaktion hat im Reich und ganz besonders in unserem Bezirk sehr große Opfer an Gut und Blut gekostet".26 Tatsächlich spiegelt sich diese Beurteilung in den Unterstützungslisten des Bezirks Anfang 1924 wider.²⁷ Die Städte in der Region, die zum Teil Hochburgen der Arbeiterbewegung waren, wie etwa Bremen, Emden, Wilhelmshaven-Rüstringen, Delmenhorst und Oldenburg, sind kaum vertreten – die Anzahl unterstützter Personen in Augustfehn und den Ortschaften rund um Blumenthal und Vegesack hingegen ist auffällig. Bei ihnen handelt es sich zu einem großen Teil um Personen, die wegen unmittelbarer Beteiligung am Aufstand verurteilt worden waren.²⁸ Andere waren während des Aufstands präventiv in militärische Schutzhaft genommen worden. Wiederum

- 25 Wiechmann zählt außerdem die Städte Oldenburg und Rüstringen zum Aufstandsgebiet und vermutet, dass der Aufstand im gesamten Bezirk Wasserkante stattfand (offensichtlich rechnet er den Bezirk Nordwest hier fälschlicherweise zum Bezirk Wasserkante), Wiechmann, Krieg, S. 87.
- 26 Rundschreiben Nr. 1 des Rote-Hilfe-Komitee Bezirk Nordwest an alle Ortsgruppen des Bezirks, 22.4. 1924, StAB, 4.65, 470.
- Alle folgenden Angaben zu den Unterstützungslisten: Unterstützungsliste der RH für Januar 19[2]4; Unterstützungsliste der RH für Februar [1924]; Unterstützungsliste der RH für September 1924, StAB, 4.65, 471. Die Listen beziehen sich jeweils auf den Bezirk Nordwest.
- In Augustfehn stimmen die Namen der Angeklagten und der Unterstützten bzw. ihrer Familien fast vollständig überein, im Fall Berne/Vegesack findet sich rund ein Drittel der Angeklagten auf den Unterstützungslisten der RH wieder. Urteil des LG Oldenburg gegen Hinrichs u.a., 14. 11. 1923; Urteil des LG Oldenburg gegen Meyer u.a., 14. 11. 1923, NLA OL, Best. 136, Nr. 2857/1; Lagebericht Nr. 9 der Polizei Oldenburg, 31. 1. 1924, NLA OL, Best. 203, Best. 205 Nr. 58. Für diese Diskrepanz gibt es unterschiedliche Erklärungen. So sind nur die hier angegebenen Unterstützungslisten überliefert; sie umfassen einen Zeitraum von insgesamt drei Monaten. Personen, die sich nicht auf diesen Listen, jedoch in den Urteilen finden lassen, könnten zu einem anderen Zeitpunkt unterstützt worden sein. Dass Namen auf den Listen, aber nicht in den Urteilen genannt sind, liegt u.a. daran, dass die Angehörigen flüchtiger Personen von der RH unterstützt wurden. Andere befanden sich ohne Urteil in militärischer Schutzhaft. Außerdem ist denkbar, dass nicht alle Urteile in den gesichteten Akten überliefert sind.

andere hatten sich an der Vorbereitung des Aufstandes beteiligt: Am 21. Oktober hatte zum Beispiel in Bremen ein bezirksweites Treffen der Transportarbeiter und Eisenbahner stattgefunden, auf dem ihr strategischer Einsatz während des Aufstands geplant werden sollte. Die Polizei beendete die Zusammenkunft jedoch vorzeitig und nahm die Anwesenden fest.²⁹ Vergleicht man die Namen, die in diesen Dokumenten juristischer und polizeilicher Verfolgung erscheinen, mit denen auf den Unterstützungslisten, zeigt sich der Zusammenhang von Roter Hilfe und Oktoberaufstand sehr deutlich.

Auch im Herbst 1924, als die meisten Verurteilten ihre Strafen bereits abgesessen hatten, beschäftigten die Folgen der Aufstände die Rote Hilfe im Bezirk Nordwest weiter. So unterstützte sie die Familien von Untergetauchten, Gefangenen und Getöteten, wie Karl Reiss' Witwe Ernestine sowie deren gemeinsames Kind.³⁰

Die erste Ausgabe der regionalen Rote-Hilfe-Zeitung, der "Kerkerstürmer", enthielt im Juli 1925 die Nachricht eines Arbeiters, der nach dem Aufstand zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt worden war und sich für die gezahlte Unterstützung bedankte.³¹

Wenngleich die Streikaktionen, Kundgebungen und Aufstände im Oktober 1923 Teil der Aufstandsstrategie der KPD und der Komintern gewesen waren,³² war die Partei nicht in der Lage, die folgende Repression abzufedern. Die Rote Hilfe war zu diesem Zeitpunkt noch ein loser Zusammenhang und Anhängsel der Partei, die lokalen RH-Komitees nicht überall aktiv.³³ Selbstkritisch stellte das Komitee des Bezirks Nordwest fest: "Es gibt noch viele Familien, die aus der letzten Aktion noch sehr schwer zu tragen haben. Der Ernährer war monatelang inhaftiert. Die Unterstützung der Roten Hilfe konnte nur ganz gering sein [...]. Die Frauen und Kinder unserer Genossen und die übrige Bevölkerung darf unter keinen Umständen den Eindruck gewinnen, als ob die Partei, als ob das Proletariat seine Kämpfer oder die Angehörigen derselben im Stich läßt".³⁴

- 29 Tagesbericht Nr. 255 der Abteilung III der Polizeidirektion Bremen, 27.10.1923, StAB; Tagesbericht Nr. 256 der Abteilung III der Polizeidirektion Bremen, 3.11.1923, StAB, 4.65, 1556.
- 30 Mitteilung der Nachrichtenstelle der Polizei Bremen an das Landratsamt Blumenthal, 11. 11. 1924; Unterstützungsliste der RH für September 1924, StAB, 4.65,471.
- 31 Kerkerstürmer, Nr. 1, Juli 1925, StAB, 4.65, 471.
- 32 Bois, Aufstand, S. 97 f.
- 33 Rote Hilfe/Hans-Litten-Archiv, Rote-Hilfe-Komitees, S. 14 f.
- 34 Rundschreiben Nr. 1 des Rote-Hilfe-Komitee Bezirk Nordwest an alle Ortsgruppen des Bezirks, 22.4.1924, StAB, 4.65, 470.

Daraus leitete das Bezirkskomitee den dringend notwendigen Ausbau der Roten Hilfe ab und appellierte an die Ortsgruppen der Partei, unverzüglich eigene RH-Komitees aufzubauen.³⁵

Um die Rote Hilfe unabhängiger von der Partei und den Unterstützungszahlungen aus Moskau zu machen und die finanzielle wie organisatorische Krise zu überwinden, sollte sie sich von einer Parteiorganisation zur überparteilichen Mitgliederorganisation entwickeln. Die Gründung der einzelnen Ortsgruppen fand dennoch entlang der KPD-Strukturen statt und wurde von der Partei organisiert. Sie ging im Bezirk allerdings zunächst nur schleppend voran. ³⁶ Im September 1924 gab es in folgenden Städten und Orten entweder eine Vertrauensperson oder ein RH-Komitee: Delmenhorst, Vegesack, Blumenthal, Farge, Bremerhaven, Einswarden, Oldenburg, Wilhelmshaven, Emden, Norden, Papenburg, Osnabrück und Münster. ³⁷ Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet in den Weserorten, deren Arbeiter*innen sich am Aufstand im Oktober 1923 beteiligt hatten, zu diesem frühen Zeitpunkt drei Ortsgruppen (Vegesack, Blumenthal, Farge) bestanden.

Zu Beginn des Jahres 1925 rügte das Sekretariat des KPD-Bezirks Nordwest die Ortsgruppen, da sie den Aufbau der Roten Hilfe vernachlässigt hätten. The Daraufhin unternahmen im Februar mindestens zwei der oben genannten Ortsgruppen einen weiteren Schritt, um die Rote Hilfe als eigenständige Mitgliederorganisation zu institutionalisieren. Nachdem ein Genosse Johannsen aus Hamburg auf einer KPD-Versammlung in Wilhelmshaven einen Vortrag über die Rote Hilfe gehalten hatte, beschlossen die 25 Teilnehmer*innen die Gründung einer Ortsgruppe und wählten einen sechsköpfigen Vorstand, dem zwei Frauen angehörten. Vier Tage später besuchte der Referent Johannsen

- 35 Ebenda.
- 36 Fragebogen zur Organisation der RH ausgefüllt vom Bezirk Nordwest, 30. 9. 1924, StAB, 4.65, 471.
- 37 Adressen der Ortsgruppen der RH im Bezirk Nordwest, [1924], StAB, 4.65, 471.
- 38 Auszug aus dem Rundschreiben Nr. 10 des Sekretariats des KPD-Bezirk Nordwest an alle Unterbezirksleitungen, Ortsgruppen, Betriebszellen, Gewerkschaftsfraktionen und Referenten, 5.1.1925, StAB, 4.65, 471.
- 39 Johannsen war anscheinend mindestens bis November 1933 als Organisator der RH in Norddeutschland tätig: Urteil des Hanseatischen OLG gegen Wich u.a. wegen Betätigung im Rahmen der illegalen Roten Hilfe, 18.5. 1938, Staatsarchiv Hamburg (StA HH), 430-64, II B 5, Bl. 4.
- 40 Halbmonatsbericht der Landespolizeistelle Wilhelmshaven an die Polizeibehörde Bremen, 16.2. 1925, StAB, 4.65, 1617.

Bremerhaven und regte auch dort die Gründung einer Ortsgruppe an. Anders als in Wilhelmshaven trafen sich hier nur einige Funktionäre.⁴¹

Die mahnende KPD-Bezirksleitung schien nicht im Bilde darüber zu sein, dass die Arbeit an der Basis bereits gut vorangeschritten war: Auf einer Liste mit Ortsgruppen, die im Januar 1925 bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurde, standen bereits vierzig Adressen – die Anzahl der Ortsgruppen hatte sich also in wenigen Monaten fast verdreifacht. Der Anspruch, die Rote Hilfe zumindest offiziell von der KPD zu lösen, zeigt sich in der Ortsgruppen-Liste: Die angegebenen Adressen scheinen fast ausschließlich private zu sein – nur in Bremerhaven ist das Büro der KPD als Kontaktadresse genannt. Die Beispiele der Gründungen der RH-Ortsgruppen in Wilhelmshaven und Bremerhaven legen nahe, dass sie demokratisch beschlossen und das Personal gewählt wurde. Sie zeigen auch, dass sich der Gründungsprozess lokal unterschiedlich vollzog: In Wilhelmshaven scheint die Rote Hilfe einen offeneren Charakter gehabt zu haben, in Bremerhaven war sie zunächst nur Kaderorganisation.

Die Neuorganisierung der Roten Hilfe ab 1924 war nicht ausschließlich Anliegen der Parteileitung, sondern geschah auch auf Druck der Basis. Mehrfach soll es "zu sehr unangenehmen Auftritten in der Partei und zu sehr heftigen Angriffen gegen die Zentrale gekommen [sein], die mit teilweise reichlich gepfefferten mündlichen und schriftlichen Beschwerden mangelhaft Unterstützter geradezu überschwemmt wird".⁴⁴ So solle sich ein Verband politischer Flüchtlinge gegründet haben, der geschlossen gegen die Parteileitung vorgehen wolle, weil "Parteigelder [für andere Zwecke] sinnlos verschwendet" werden würden, während die Betroffenen staatlicher Repression Not litten.⁴⁵ Einhellig war die Meinung an der Basis jedoch nicht. So hätten sich in einigen Ortsgruppen im Bezirk Nordwest "Tendenzen gezeigt, die sich gegen die selbstständige Organisationsform der Roten Hilfe wenden", diese "Unklarheiten" seien jedoch durch mehrere Aussprachen beseitigt worden.⁴⁶

⁴¹ Bericht des Bremischen Amt Bremerhaven an die Polizeibehörde Bremen, 16.2.1925, StAB, 4.65, 1619.

⁴² Adressen der Ortsgruppen der RH im Bezirk Nordwest, [1924/25], StAB, 4.65, 471.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Auszug aus einem Bericht des Polizeipräsidiums Berlin, 17. 9. 1924, StAB, 4.65, 470.

⁴⁵ Ebenda (Zitat); Rote Hilfe, Jahresbericht 1923, S. 3–6.

⁴⁶ Auszug aus einem Bericht des Vorstandes der Roten Hilfe für Februar 1926, StAB, 4.65, 472.

Vom Aufstand zur Mitgliederorganisation: die Gründung der Roten Hilfe im Bezirk Wasserkante

Ähnlich wie im Bezirk Nordwest war auch die Neuorganisation der Roten Hilfe im Bezirk Wasserkante ursächlich mit dem gescheiterten Aufstand verknüpft. Auch in Hamburg und im Umland stürmten am Morgen des 23. Oktobers hunderte Arbeiter*innen, überwiegend Mitglieder der KPD, Polizeiwachen. Die Aufständischen erbeuteten Waffen, errichteten Barrikaden und versuchten Zugstrecken und Zufahrtsstraßen zu blockieren. Zu den umkämpften Gebieten zählten die Hamburger Stadtteile Barmbeck und Eimsbüttel sowie mit Schiffbek, Wandsbek und Bargteheide Teile des benachbarten Kreises Stormarn.⁴⁷ Außerdem kam es in weiteren Teilen Schleswig-Holsteins zu Streiks, Sabotageakten und Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter*innen und der Polizei, unter anderem in Kiel und Lägerdorf.⁴⁸ In einigen Aufstandsgebieten zogen sich die Gefechte mit der Staatsmacht bis in die Abendstunden des 25. Oktobers.⁴⁹

Die anschließende Verfolgungswelle stellte das Hamburger Rote-Hilfe-Komitee vor gewaltige Aufgaben. Die kommunistische Bewegung wurde mit Festnahmen, Prozessen und Haftstrafen überzogen: Zwischen Oktober 1923 und Juli 1924 sollen allein in Hamburg 3900 Menschen in Verbindung mit dem gescheiterten Aufstand polizeilich verfolgt worden sein. Die mit dem Hamburger RH-Komitee kooperierenden Anwälte hätten in diesem Zeitraum etwa 2000 Akten bearbeitet. Masserkante wurden 873 Personen aufgrund von Vorwürfen im direkten Zusammenhang mit den Aufstandshandlungen verurteilt. Bei einer Verurteilung drohten oft mehrjährige Haftstrafen. Stellvertretend kann an dieser Stelle ein Prozess im Juni 1924 stehen, in dessen Rahmen 31 "Wandsbeker Oktoberkämpfer" zu insgesamt 71 Jahren Festungshaft verurteilt wurden. Die stellt wurden.

Die Erfahrungen des RH-Komitees Wasserkante, das ebenso wie das im Bezirk Nordwest zunächst illegal arbeiten musste und aufgrund der Hyperinflation seine Unterstützungszahlungen kaum leisten konnte, ließen unter den

⁴⁷ Hund, Aufstand, S. 32.

⁴⁸ Pelc, Räterepublik, S. 130–135.

⁴⁹ Darstellungen des Aufstands in Hamburg und Umgebung finden sich u.a. bei: Hund, Aufstand; Pelc/Matthes, Stadtrepublik.

⁵⁰ HVZ, 21.7.1924.

⁵¹ Pelc, Aufstand, S. 120.

⁵² HVZ, 10.6.1924.

Verantwortlichen die Erkenntnis reifen, dass die Solidaritätsarbeit zukünftig auf solidere Grundlage gestellt werden müsse. Eine zentrale Rolle im Wandlungsprozess der Organisation nahm der Komitee-Vorsitzende Gustav Gundelach ein.⁵³

Unter seiner Führung stellte sich die Rote Hilfe im Bezirk grundlegend neu auf: Ab Juni 1924 wurden Unterstützer*innen nicht nur wie bisher zur Abgabe von Spenden, sondern erstmals auch zum Eintritt in die Rote Hilfe aufgerufen, die nun im Bezirk als eigenständige Organisation auftrat, während die Vorbereitungen für die Gründung einer reichsweiten Organisation frühestens im August begannen.⁵⁴ Auch aus den später verfassten Erinnerungen Gundelachs und zeitgenössischen Polizeimeldungen geht hervor, dass die Rote Hilfe im Bezirk Wasserkante ab Sommer 1924 aktiv um Mitglieder warb.⁵⁵ Mit der Umstellung reagierte die KPD auf die Unzulänglichkeiten der Unterstützung der Aufstandsgefangenen: "Um die R. H. zu einer gesunden Organisation und einem starken Rückgrat des internationalen Proletariats zu machen, sind wir zum Mitgliedersystem übergegangen. [...] Nur wenn wir schnell in diesem Sinne arbeiten, überwinden wir die augenblickliche Katastrophe und verhindern wir eine Wiederholung derselben."⁵⁶

Seit Juni 1924 hatten Mitglieder eine Mitgliedskarte, auf die Quittungsmarken aufgebracht wurden, die sie für zehn Pfennig erwerben konnten.⁵⁷ Ab Juli war der durch den Verkauf von Marken eingenommene Betrag größer als alle anderen lokalen Einnahmequellen (öffentliche und betriebliche Sammlungen, Sammellisten der Ortsgruppen) zusammen.⁵⁸ Nach der Einführung des Markensystems stiegen die Einnahmen im Bezirk innerhalb weniger Wochen stark an und das angeschlagene finanzielle Fundament der Roten Hilfe stabilisierte sich maßgeblich. ⁵⁹ Der größte Teil der Gelder, über die das RH-Komitee

- 53 Gundelach zeichnete 1923 für die Unterstützung der Gefangenen des Aufstandes verantwortlich und wurde von der Polizei Anfang Juli 1924 das erste Mal als lokaler Verantwortlicher genannt. Lebenserinnerungen Gustav Gundelach, BArch SGY 30/251, Bl. 312; Lagebericht Nr. 6 der Polizeidirektion Hamburg, 3.7. 1924, StAB, 4.65, 1588.
- 54 HVZ, 3.6. 1924, Brauns, Rote Hilfe, S. 38.
- 55 Lebenserinnerungen Gustav Gundelach, BArch SGY 30/251, Bl. 315; Lagebericht Nr. 9 der Polizeidirektion Hamburg, 15. 8. 1924, StAB 4.65, 1588.
- 56 Ebenda.
- 57 Brauns, Rote Hilfe, S. 38.
- 58 Rote Hilfe 2, Beilage zur HVZ, 18. 2. 1925.
- 59 Öffentliche Quittungen Nr. 3 bis Nr. 28, veröffentlicht in den Ausgaben der HVZ im genannten Zeitraum.

Wasserkante nach den Oktoberkämpfen verfügen konnte, kam von der "Internationalen Roten Hilfe" (IRH), die Ende 1922 als transnationale Organisation zur Unterstützung verfolgter kommunistischer Revolutionäre gegründet worden war. ⁶⁰ Im Jahresbericht des Zentralkomitees der Roten Hilfe von 1923 zeichneten dessen Funktionäre ein düsteres Bild der finanziellen Situation: "Die Unterstützungsfälle und die dafür erforderlichen Ausgaben für Rechtsschutz und Unterstützungen wuchsen sprunghaft von Tag zu Tag, so daß nicht nur die Unterstützungssätze außerordentlich gekürzt werden mußten, sondern oft sogar die Unterstützung und die Rechtsschutzkosten überhaupt nicht mehr bezahlt werden konnten." Nach Einführung der Rentenmark im Dezember des Jahres wurden monatliche Sätze von 8 Mark an Gefangene, 12 Mark an Ehefrauen und 6 Mark für jedes Kind ausgezahlt. ⁶²

Bedeutender waren während der ersten Hälfte des Jahres 1924 Lebensmittelund Kleiderspenden, die an die Angehörigen der Inhaftierten ausgegeben wurden.⁶³ Sie wurden als "Liebesgaben für die Rote Hilfe"⁶⁴ durch die KPD gesammelt. Hierzu gehörten Schuhe, Hosen und Hemden ebenso wie Kinderkleidung.⁶⁵

Für die Gefangenen, die sich so in der Haft ein Stück Normalität erhalten konnten, waren Tabakerzeugnisse von großer Bedeutung, wiederholt wurde daher zum Sammeln von Rauchwaren aufgerufen. Gebenentsprechend wurden Rauchverbote in ihren Berichten in einer Reihe mit anderen Missständen wie Überbelegung, fehlender Kleidung und ausbleibender ärztlicher Versorgung genannt.

Obwohl die Materialspenden weiterhin einen bedeutenden Teil der Solidaritätsgaben an die Rote Hilfe ausmachten, gewannen Geldsammlungen nach der Einführung der Rentenmark an Bedeutung. Die HVZ veröffentlichte regelmäßig Quittungen, in denen Spender*innen und abgegebene Summen dokumentiert wurden. Ein Blick in eine frühe Quittung für Mai und Juni 1924 gibt Aufschluss über die soziale Basis der Roten Hilfe: Neben Sammlungen bei internen

⁶⁰ Rote Hilfe/Hans-Litten-Archiv, Rote-Hilfe-Komitees, S. 18.

⁶¹ Rote Hilfe, Jahresbericht 1923, S.3.

⁶² Rote Hilfe, Jahresbericht 1923, S.5. Der durchschnittliche Wochenlohn eines Arbeiters betrug 1924 26,50 Mark. Brauns, Rote Hilfe, S.321.

⁶³ Rote Hilfe 1, Beilage zur HVZ, 18.11.1924.

⁶⁴ HVZ, 9.7.1924.

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ HVZ, 20.6.1924.

⁶⁷ HVZ, 11.6.1924.

Zusammenkünften der KPD und öffentlichen Kundgebungen spielten kollektive Abgaben von Betriebsarbeiter*innen und Spendendosen in proletarisch frequentierten Lokalen eine wichtige Rolle. Um regelmäßigere Einnahmen garantieren zu können, führten die RH-Komitees darüber hinaus Sammellisten.⁶⁸

Wie aus den Quittungen hervorgeht, wurden die ausschließlich proletarischen Angeklagten und Gefangenen aus Mitteln unterstützt, die ganz überwiegend unter Arbeiter*innen gesammelt wurden.⁶⁹ Diesen Klassencharakter stellte die Rote Hilfe zugleich ins Zentrum ihrer Ansprache und Agitation: Spendenaufrufe richteten sich gezielt an Arbeiter*innen. Schon während der Illegalität war gefordert worden: "Euer Grundsatz muss sein: Ein Tageslohn gehört den Hinterbliebenen."⁷⁰ Unterstützung für Gefangene und Angehörige wurde zur proletarisch-revolutionären Tugend erklärt: "Hast du schon deine Pflicht getan? Bist du schon Mitglied der 'Roten Hilfe'?"⁷¹

Die Agitator*innen der Roten Hilfe vermittelten ihrem Publikum, dass die Etablierung einer Kultur der Solidarität auch ihnen selbst zugutekommen würde: "Auch du, der sich der Freiheit erfreut, kannst in die Klauen der weißen Justiz fallen!"⁷² Kam es zur Sammlung größerer Geldsummen, berichtete die HVZ gesondert und rief ihre Leser*innen dazu auf, sich diese Erfolge zum Vorbild zu nehmen.⁷³

Trotz der gestiegenen Einnahmen scheint sich die Rote Hilfe im Bezirk Wasserkante auch nach der Neuformierung 1924 weiter in finanziellen Schwierigkeiten befunden zu haben. Nach Angaben der Polizei litt die Organisation einige Monate nach der Gründung unter "trostlosen Kassenverhältnissen" und "Interessenlosigkeit der Mitglieder". Der scheinbare Widerspruch zwischen der stabilen Finanzbasis durch Spenden und angeblich leeren Kassen ist mit einem Blick auf die gezahlten Unterstützungsleistungen zu erklären.

Von Juli bis Dezember 1924 sank die Zahl der Gefangenen zwar von 327 auf 150, die Unterstützungssumme blieb nach einem Absinken von etwa 25 Prozent zwischen Juli und August dennoch bei etwa 9000 Mark, um im Oktober und erneut im Dezember deutlich zu steigen. Dabei überstieg sie die gesammelten

⁶⁸ HVZ, 6.6.1924.

⁶⁹ Pelc, Aufstand, S. 124.

⁷⁰ HVZ, 16.11.1923.

⁷¹ HVZ, 12.6.1924.

⁷² HVZ, 5.6.1924.

⁷³ HVZ, 16.6.1924.

⁷⁴ Lagebericht Nr. 14 der Polizeidirektion Hamburg, 8. 12. 1924, StAB 4.56, 1588.

Gelder um das Doppelte bis Dreifache.⁷⁵ Ursachen für die gestiegenen Unterstützungszahlungen bei zeitgleich sinkenden Gefangenenzahlen sind nicht eindeutig auszumachen, aus der Praxis der Organisation ergeben sich aber einige Interpretationsmöglichkeiten. Zunächst wurden entlassene Häftlinge und ihre Familien ein bis zwei Monate weiter unterstützt, zusätzlich zahlte die Rote Hilfe ein einmaliges "Entlassungsgeld" an Freigelassene. So entstanden Abweichungen zwischen der Zahl der Inhaftierten und der der tatsächlich Unterstützten.⁷⁶ Zudem besorgte die Rote Hilfe Untergetauchten auch im Bezirk Wasserkante Quartiere und versuchte, ihnen Arbeitsstellen zu vermitteln.⁷⁷ Da diese Tätigkeit illegal war, die RHD jedoch als legale, überparteiliche Organisation agierte, war es vermutlich nötig, die hierdurch anfallenden Kosten als Teil der regulären Unterstützung abzurechnen. Zuletzt besteht die Möglichkeit, dass die Rote Hilfe bei einer steigenden Zahl von Unterstützungsfällen nicht in der Lage war, die festgelegten Sätze im vollen Umfang auszuzahlen. Für diese These spricht die Klage der Organisation, dass bisherige Hilfszahlungen "völlig unzulänglich gegenüber der großen Zahl der von der Klassenjustiz verfolgten Genossen"78 gewesen seien. Weniger Unterstützungsfälle hätten hier die Auszahlung des Regelsatzes erst ermöglicht, abnehmende Gefangenenzahlen daher nicht automatisch eine Reduktion der Ausgaben bedeutet. Fest steht: Ohne regelmäßige Zahlungen des Zentralkomitees wäre der Bezirk Wasserkante nicht in der Lage gewesen, die nötigen Unterstützungszahlungen zu leisten, was von der Bezirksleitung selbst kritisch angemerkt wurde.⁷⁹

Neben finanziellen Problemen und der vermeintlich mangelhaften Aktivierung der Mitglieder führte auch das Verhalten von Verhafteten und Beschuldigten zu Schwierigkeiten. Die KPD reagierte auf "hemmungslose Aussagen", die ihre Mitglieder in polizeilichen Verhören oder vor Gericht getätigt hätten, am 26. Mai 1924 mit einem "Schweigebefehl", der Mitgliedern und Sympathisant*innen unter Androhung des Parteiausschlusses Aussagen verbieten

⁷⁵ Entstandene Finanzierungslücken mussten durch Gelder des Zentralkomitees ausgeglichen werden, siehe: Rote Hilfe 2, Beilage zur HVZ, 18.2. 1925.

⁷⁶ Lagebericht Nr. 7 der Polizeidirektion Hamburg, 16. 5. 1924, StAB 4.65, 1589. Die Unterstützungsdauer nach Entlassung sowie die Höhe des Entlassungsgeldes (25 oder 50 Mark) wurde anhand der Haftdauer berechnet.

⁷⁷ Brauns, Rote Hilfe, S. 205 f.; Lagebericht Nr. 9 der Polizeidirektion Hamburg, 15. 8. 1924, StAB 4.65, 1588.

⁷⁸ Rote Hilfe 2, Beilage zur HVZ, 18.2. 1925.

⁷⁹ Ebenda.

sollte.⁸⁰ Einlassungen waren nur dann zulässig, wenn die Beschuldigten sich vorher "mit ihrem von der Partei gestellten Verteidiger beraten" hätten.⁸¹

Zudem gibt es Hinweise darauf, dass auch in anderen Fällen die Solidarität ihre Grenzen hatte: Laut einem Polizeibericht vom September 1924 sollen 23 von 70 Festungsgefangenen, die wegen Aufstandsbeteiligung im Gefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert waren, aus der KPD ausgeschlossen worden sein, "weil sie die kommunistische Taktik der Gefangenen nicht mehr mitmachen wollen."82 Worin diese Taktik bestand, geht aus dem Bericht nicht hervor. Es findet sich auch kein Hinweis darauf, ob die Rote Hilfe ihrem überparteilichen Anspruch nachkam und die Ausgeschlossenen weiter unterstützte.

Trotz dieser Startschwierigkeiten konnte die Rote Hilfe im Bezirk Wasser-kante in wenigen Monaten erfolgreich von einem System lokaler Komitees in eine zentral geführte Mitgliederorganisation übergehen. Die Abrechnung über Marken und Mitgliedskarten schuf das finanzielle Fundament und reduzierte damit den Anteil, den Zuschüsse des Zentralkomitees an den lokalen Unterstützungszahlungen hatten.

Parallel arbeitete Gundelach ab Anfang 1924 in Berlin gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Roten Hilfe, Wilhelm Pieck, an einer neuen reichsweiten Struktur für die Organisation. Ab Februar 1924 gab es regelmäßige reichsweite Zusammenkünfte der Bezirkskomitees, in deren Rahmen Gundelach nach eigener Aussage die Initiative "zum Aufbau einer Mitgliederorganisation, der Roten Hilfe Deutschlands" ergriff. Ursächlich für diese Entscheidung sei die Einschätzung gewesen, dass "die lose Solidaritätsbewegung, wie sie bestand, nicht ausreichte, um die vielseitigen politischen und materiellen Aufgaben, die ihr gestellt waren, zu lösen."

Durch Gundelachs Wirken in Berlin nahmen die Erfahrungen des Hamburger RH-Komitees erheblichen Einfluss auf die Gründung der neuen Organisation. Die erfolgreiche Umstrukturierung im Bezirk Wasserkante muss daher als Keimzelle für den Aufbau der RHD begriffen werden.

⁸⁰ HVZ, 4.6.1924.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Lagebericht Nr. 11 der Polizeidirektion Hamburg, 16. 9. 1924, StAB 4.65, 1588.

⁸³ Lebenserinnerungen Gustav Gundelach, BArch SGY 30/251, Bl. 315.

⁸⁴ Ebenda.

"... jedem Arbeiter bekannt": Die Überparteilichkeit der Roten Hilfe

Eine Konsequenz aus dem Verbot von KPD und Roter Hilfe nach den Oktoberaufständen war auch, die RHD (zumindest offiziell) von der Partei zu lösen. 85 Darüber hinaus sollte der überparteiliche Charakter der RHD unterstrichen werden, welche politisch Verfolgte aus der Arbeiterbewegung unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit unterstützen sollte.86 Schon vor der Neuorganisation hatte sich die Rote Hilfe an diesem Grundsatz orientiert und damit auch im Bezirk Nordwest Agitationserfolge erzielen können: "Die Ziele der Roten Hilfe sind im übrigen jedem Arbeiter bekannt".87 Darüber hinaus waren auch die Bemühungen der Roten Hilfe, außerhalb der KPD um Mitstreiter*innen zu werben, in Nordwest nachweislich von Erfolg gekrönt. So befand sich unter den Funktionär*innen der Roten Hilfe Bremen Ende 1924 auch der Händler Hermann Oetken. Dieser soll eine "führende Rolle" in der RHD Nordwest gespielt haben, war aber selbst kein Parteimitglied.88 Obwohl es sich hierbei um einen Einzelfall handelt, ist er ein Beispiel dafür, dass die Rote Hilfe bereits in ihrer Frühphase nicht nur auf parteiübergreifende Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse bauen, sondern auch Menschen ohne KPD-Mitgliedschaft als Funktionär*innen gewinnen konnte. 89

Ein wahrlich breites politisches Spektrum vertraten die für die Roten Hilfe tätigen Anwält*innen. In Bremen verteidigte der Vorsitzende der dortigen Zentrumspartei und Abgeordnete der Bürgerschaft, Rechtsanwalt Carl Hertel, immer wieder Kommunist*innen vor Gericht. Die dortige Polizei hielt es für ausgeschlossen, "dass Hertel in irgendeiner Weise mit der kommunistischen Partei sympathisiert [,] seine Tätigkeit als Verteidiger der Kommunistischen Partei erfolgt lediglich aus finanziellen Gründen". Ob Hertel dies als Abgeordneter, Rechtsanwalt und Notar mit eigener Kanzlei tatsächlich nötig hatte, sei dahingestellt. Denkbar wäre auch, dass Hertel, der laut Angaben der Polizei "aus kleinen Verhältnissen" kam, Solidarität mit seiner Herkunftsklasse praktizierte. Denkbar wäre seiner Herkunftsklasse praktizierte.

- 85 Brauns, Rote Hilfe, S. 38.
- 86 Lebenserinnerungen Gustav Gundelach, BArch SGY 30/251, Bl. 314.
- 87 Mitteilung der Polizeidirektion Bremen, Abtlg. 6, an das Amt Bremerhaven, 30.6.1921, StAB, 4.65, 470.
- 88 Internes Schreiben der Polizeidirektion Bremen, StAB, 4.65, 471.
- 89 Brauns, Rote Hilfe, S. 46 f.
- 90 Schreiben der Polizeidirektion Bremen an das Polizeipräsidium Berlin, 3.3.1925, StAB, 4.65, 471.
- 91 Ebenda (Zitat). Auch die sonstigen von Hertel vertretenen Fälle, die als Verteidigungsunterlagen im Staatsarchiv Bremen überliefert sind, legen dies nahe: StAB, 7. 2007.

Ein weiterer Verteidiger, der mit der Roten Hilfe zusammenarbeitete, war Friedrich Meyer aus Emden, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und ab 1945 Generalstaatsanwalt in Oldenburg. Ihm wurde 1933 seine Zulassung aufgrund des Vorwurfs kommunistischer Tätigkeit entzogen.⁹²

Auch im Bezirk Wasserkante arbeitete die Rote Hilfe mit Anwälten unterschiedlichster politischer Überzeugung zusammen. Mandate zur Verteidigung kommunistischer Angeklagter übernahmen hier seit 1924 vor allem der Kommunist Ernst Hegewisch sowie John Schmidt, der zahlreiche KPD-Mitglieder und -Sympathisant*innen verteidigte, "ohne jemals dieser Partei nahe gestanden zu haben".93

Schmidt gab im Zuge eines Wiedergutmachungsverfahrens im Jahr 1957 sogar an, er sei während der Weimarer Republik "ausgesprochen deutschnational"⁹⁴ eingestellt gewesen. Die enge Kooperation von Hegewisch und Schmidt, die trotz ihrer politischen Differenzen fast zehn Jahre lang als Vertrauensanwälte der Roten Hilfe zusammenarbeiteten, ist exemplarisch für die Parteigrenzen überschreitende Zusammenarbeit von Jurist*innen im Rahmen der Solidaritätsarbeit.

Zwischen "Flintenweib" und "notleidender Ehefrau": Frauen in der frühen Roten Hilfe

Eine Besonderheit der Roten Hilfe im Bezirk Nordwest war, dass von Beginn an Frauen Leitungsfunktionen innehatten.⁹⁵ 1921, als die RH-Komitees gerade ins Leben gerufen worden waren, wurde die zwanzig Jahre junge Louise "Lissi" Braune, Buchhandlungsgehilfin und KPD-Mitglied, zu einer der zwei

- 92 Peter Bahlmann: Friedrich Karl Andreas Meyer-Abich, in: Biographisches Lexikon für Ostfriesland, https://bibliothek.ostfriesischelandschaft.de/wp-content/uploads/sites/3/dateiarc hiv/2574/Meyer-Abich-Friedrich.pdf [27. 4. 2024].
- 93 Antrag John Schmidts an das Amt für Wiedergutmachung bei der Sozialbehörde Hamburg, 29. 3. 1954, StA HH, 351-11, 15934.
- 94 Ebenda. Unter Umständen wurde diese Aussage im Zusammenhang mit dem seit 1956 bestehenden KPD-Verbot getätigt, frühere Hinweise auf eine entsprechende Gesinnung Schmidts finden sich nicht.
- 95 Rote Hilfe/Hans-Litten-Archiv, Rote-Hilfe-Komitees, S. 27. Siehe zur Rolle von Frauen in der RH auch den Beitrag von Silke Makowski in diesem Heft.

Vorsitzenden des Bezirks Nordwest gewählt.96 Nach ihrem Wegzug übernahm Gesine Becker, Hausmeisterin und Abgeordnete der KPD in der Bremer Bürgerschaft.97 In Einswarden bei Nordenham wurde die Ortsgruppe der Roten Hilfe 1924 von drei Frauen geleitet: Frau Kleiss, Minna Penning und Rosa Ziminski.98 Das ist bemerkenswert, da Frauen von der KPD als eine von mehreren "Bündnisschichten" gesehen wurden, denen es an Klassenbewusstsein mangele und die deshalb politischer Führung bedürften. 99 Gerade für die Phase der Neuorganisierung scheint es durchaus plausibel, dass Frauen in einigen Fällen als "Lückenfüller" fungierten, wenn es nicht genügend Männer für Funktionärsaufgaben gab, wie Brauns schreibt. 100 Vor dem Hintergrund der pressierenden Notwendigkeit des Aufbaus der Roten Hilfe in Nordwest und Wasserkante nach den Oktoberaufständen ist jedoch bemerkenswert, dass Frauen diese verantwortungsvolle Aufgabe übertragen wurde. Auch hatten vor allem die Funktionärinnen auf Bezirksebene die Möglichkeit, auf die Politik und Praxis der Organisation Einfluss zu nehmen. Es handelte sich bei den Posten um Wahlämter, weshalb die Mehrheit der Wahlberechtigten davon überzeugt sein musste, dass der Posten mit einer Frau gut besetzt sein würde.

Darüber hinaus kann keineswegs behauptet werden, dass Frauen "nur" Hilfstätigkeiten ausübten und etwa als Sekretärinnen für männliche Funktionäre arbeiteten. Vielmehr brachten sie sich als politische Akteurinnen in die Arbeit der Organisation ein – dies wurde auch von der Polizei bemerkt, wie aus Berichten über die Vernehmungen vermeintlich führender Rote-Hilfe-Mitglieder in Bremen Anfang 1925 deutlich wird. Während viele ihrer Genossen gegenüber

- 96 Mitteilung der Polizei Bremen, 16.9.1921; Mitteilung der Polizeidirektion Bremen an Abteilung III, 8.5.1922; Aktennotiz der Polizei Bremen, 3.3.1922, StAB, 4.65, 470.
- 97 Nachrichtenblatt Nr. 18 der Polizei Bremen, 13.7.1922, ebenda; Andreas Herbst/Hermann Weber: Gesine Becker, in: dies.: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, S. 93.
- 98 Mitteilung der Polizeidirektion Bremen an das Oldenburgische Innenministerium, 1.11.1924, StAB, 4.65, 471.
- 99 Silvia Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Basel/Frankfurt am Main 1979, S. 169 (Zitat), S. 169–174. Nichtsdestotrotz unterschied sich die KPD durch radikal feministische Forderungen und dem Anspruch, Frauen gleichberechtigt in den politischen Kampf einzubinden, deutlich von anderen Parteien. Die neuere Forschung hat diese Ambivalenzen stärker betont: Sara A. Sewell: Bolshevizing Communist Women. The Red Women and Girls' League in Weimar Germany, in: Central European History 45 (2012), S. 268–305.
- 100 Brauns, Rote Hilfe, S. 57.

der Polizei Angaben gemacht hatten, verweigerte Emma Tromm die Aussage. Die Polizei warf ihr deshalb Verdunkelung des Tatbestandes vor. Außerdem sei "[b]ei der radikalen Einstellung der Tromm [...] anzunehmen, dass sie ihre Tätigkeit bei der R. H. nur deshalb ausübt, um die hochverräterische Tätigkeit der KPD und deren Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand zu fördern. Sie ist mithin der Vorbereitung zum Hochverrat dringend verdächtig. Die Tromm ist die Vertrauensperson des hiesigen Bezirksleiters Eppstein, der als äusserst radikal bekannt ist". 101 Tromm wird von ihren Gegnern als politische Akteurin durchaus ernst genommen: Ihr werden Verdunkelung, eine besonders radikale Einstellung sowie Aufstandsabsichten unterstellt, sie wird des Hochverrats verdächtigt und als Vertrauensperson (nicht etwa als Sekretärin oder Gehilfin) des Bezirksleiters beschrieben. Der Ton des Berichts unterscheidet sich wesentlich von der Tonalität der Berichte über die männlichen Funktionäre. Die Vermutung liegt nahe, dass die Polizisten hier Anstoß daran nahmen, dass Emma Tromm ihre gesellschaftlich vorgesehene Rolle durch ihr politisches Handeln in Frage stellte. Sie erfüllte damit das Feindbild des "Flintenweibs". 102

Auch wenn Frauen in der Roten Hilfe aktiv und selbstbewusst agierten, soll nicht übersehen werden, dass sie erstens selten höhere Funktionärsposten innehatten und zweitens vor allem zuarbeitende Sorge-Tätigkeiten ausübten. Dementsprechend war auch die Ansprache, die Frauen zur Mitarbeit bewegen sollte: Auf einer Frauenversammlung der KPD in Bremerhaven soll Gesine Becker die Anwesenden aufgefordert haben, "sich restlos der Roten Hilfe zur Verfügung zu stellen. Die Frau eigne sich besser dazu als der Mann". Udem sollten sie ihre Macht als Konsumentinnen nutzen und Ladeninhaber*innen, die nicht die kommunistische Zeitung vertreiben wollten, mit Boykott drohen.

Im Bezirk Wasserkante entstanden die höchsten Kosten neben der juristischen und materiellen Unterstützung von Gefangenen durch Zahlungen an

- 101 Schreiben der Polizei Bremen mit Auszügen aus Vernehmungen von RH-Mitgliedern, 24. 1. 1925, StAB, 4.65, 471.
- 102 Klaus Theweleit: Männerphantasien, vollst. u. um ein Nachwort erw. Neuausgabe, Berlin 2019, S. 102. Theweleit geht hier der Konstruktion der proletarischen Frau als "Hure" nach, die als politisch handelnde Person besonders bedrohlich und gefährlich sei: "Immer noch schlimmer als der schlimmste Kommunist ist die Kommunistin", ebenda S. 89–107 (Zitat: S. 104).
- 103 Brauns, Rote Hilfe, S. 55–58.
- 104 Bericht des Bremischen Amt Bremerhaven an die Polizeibehörde Bremen, 2.3.1925, StAB, 4.65, 1619.
- 105 Ebenda.

Ehefrauen und Kinder. Von Juli bis Dezember 1924 waren mehr Ehefrauen unterstützungsberechtigt als Gefangene im Gefängnis saßen. Diese Zahlen sind unter anderem dadurch zu erklären, dass auch Witwen von gefallenen Kämpfern sowie Angehörige von Untergetauchten Gelder und Materialspenden durch die Solidaritätsorganisation empfingen. Das Schicksal von Frauen und Kindern spielte in der Agitation eine entscheidende Rolle, wiederholt finden sich Verweise auf die "Not der Frauen und Kinder unserer eingekerkerten Genossen". Auch die verwendete Bildsprache folgte dem Narrativ der leidenden Ehefrauen und Kinder. So zierte die zweite Ausgabe der "Roten Hilfe", einer ab November 1924 regelmäßig erscheinenden Beilage der HVZ, eine Illustration, auf der eine Frau mit zwei ärmlich gekleideten Kindern zu sehen ist, die mit gesenkten Häuptern vor einem vergitterten Gefängnishof stehen. Dezember 1924

Frauen erschienen jedoch nicht nur als bedürftige Opfer, sondern wurden auch gezielt zum Beitritt und Spenden aufgefordert. Anlässlich der ersten "Rote-Hilfe-Woche" im Juni 1924 wurden "Proletarierfrauen" dazu aufgerufen, ihren "Schwestern" und den Inhaftierten zu helfen.¹¹¹¹ In welchem Maße die Aktivierung weiblicher Mitglieder in den Bezirken Wasserkante und Nordwest erfolgreich war, lässt sich auf Grundlage des vorliegenden Quellenbestandes nicht valide klären. Berichte wie der über eine "Genossin Hellbach aus Eppendorf", die in drei Tagen über hundert Mark für die Rote Hilfe gesammelt haben soll, lassen zumindest darauf schließen, dass Frauen bei der Sammlung von Geldern für die Hamburger Ortsgruppen der Roten Hilfe eine wichtige Rolle spielten.¹¹¹¹ Diese Tendenz deckt sich mit Erkenntnissen über die Rolle, die Frauen in den frühen Jahren der Roten Hilfe auch in anderen Teilen des Reiches spielten.¹¹¹² Es waren zudem überwiegend Frauen, die in den Nähstuben der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) Kleidung anfertigten, auch im Bezirk Wasserkante.¹¹³

- 106 Rote Hilfe, Jahresbericht 1923, S. 5.
- 107 Rote Hilfe 4, Beilage zur HVZ, 9.5.1925; Mitteilung der Nachrichtenstelle der Polizei Bremen an das Landratsamt Blumenthal, 11.11.1924, StAB, 4.65, 471.
- 108 HVZ, 3.6.1924.
- 109 Rote Hilfe 2, Beilage zur HVZ, 18.2.1925.
- 110 HVZ, 14.6.1924.
- 111 HVZ, 16.6.1924.
- 112 Rote Hilfe/Hans-Litten-Archiv, Rote-Hilfe-Komitees, S. 9 f.
- Brauns, Rote Hilfe, 55 f.: Karen Hagemann: "Wir Frauen der Arbeit marschieren mit!" Frauen in der Hamburger Arbeiterbewegung. 1918–1923, in: Ulrich Bauche u. a. (Hrsg.):

Anders als im Bezirk Nordwest entsprach die Betätigung von Frauen in Wasserkante in den frühen Jahren der Roten Hilfe der in der KPD vorherrschenden Tendenz, ihnen nach patriarchalen Vorstellung passende Rollen zuzuweisen: Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten, Arbeit im häuslichen Umfeld, Betreuungs- und Sorgearbeit. Da diese Tätigkeiten ein Fundament der alltäglichen Praxis der Roten Hilfe waren, traten Frauen – gezielt oder in Ermangelung von Alternativen – in die Solidaritätsorganisation ein, die in 1920er- und 30er-Jahren einen deutlich höheren Frauenanteil aufwies als die KPD und andere kommunistische Massenorganisationen.¹¹⁴

Gegen die Ausweisung von "lästigen Ausländern": Die Rote Hilfe Nordwest im Kampf für die Rechte migrantischer Arbeiter*innen

Eine weitere gesellschaftlich marginalisierte Gruppe, die in der kommunistischen Bewegung und in der Roten Hilfe aktiv war, waren Migrant*innen, unter anderem aus den preußischen Ostprovinzen. Bei der oben geschilderten Vernehmung führender Rote-Hilfe-Mitglieder durch die Bremer Polizei gab beispielsweise der in Welnabalis in Ostpreußen geborene Wilhelm Johann Mertineit an, seit Ende des Jahres 1924 Funktionär der Roten Hilfe zu sein, Mitglied der KPD sei er seit vier Jahren.¹¹⁵ Auch die überlieferten Unterstützungslisten der Roten Hilfe verweisen auf eine rege politische Betätigung von Personen mit Migrationsgeschichte.¹¹⁶

Diese Betätigung konnte allerdings für Menschen ohne Staatsangehörigkeit eines deutschen Landes spezielle Repressionsmaßnahmen nach sich ziehen. So wissen wir von einigen Personen, deren Beteiligung an den Oktoberaufständen

- "Wir sind die Kraft". Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 203–232, hier S. 226.
- 114 1926 machten Frauen 19,1 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der RHD aus, 1932 waren es 26,7 Prozent. Brauns, Rote Hilfe, S. 56; Wunderer, Hartmann: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt am Main 1980, S. 101.
- Schreiben der Polizei Bremen mit Auszügen aus Vernehmungen von RH-Mitgliedern, 24. 1. 1925, StAB, 4.65, 471. Womöglich lautete der Nachname Martineit; es existieren im Dokument unterschiedliche Schreibweisen.
- Unterstützungsliste der RH für Januar 19[2]4; Unterstützungsliste der RH für Februar [1924]; Unterstützungsliste der RH für September 1924, StAB, 4.65, 471.

die Ausweisung als "lästiger Ausländer" zur Folge hatte. Obgleich die Ausweisung in der Weimarer Republik nicht mehr als Strafe verhängt werden durfte, konnte sie doch die Rechtsfolge einer Verurteilung sein. Siegfried Thurik sollte wegen der Teilnahme an einem Streik in Farge am 21. Oktober 1923 gemeinsam mit seiner Familie das Land Bremen bis zum 1. Mai 1924 verlassen. Im Prozess wegen des Aufstands in Berne war Thurik zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, da er zusammen mit anderen die Höfe der Landwirte nach Waffen durchsucht haben soll.

Auch der Arbeiter Heinrich Rose aus Leer wurde "wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Sicherstellung des Warenumlaufs" im Herbst 1923 – also vermutlich wegen Plünderungen – und weil er andere zu strafbaren Handlungen aufgerufen haben soll vom Landgericht in Aurich zu einer vergleichsweise hohen Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Nach einem "Gnadenerweis" wurde er jedoch im November 1924 vorzeitig auf Bewährung entlassen. Für den tschechoslowakischen Staatsbürger und seine Familie wurde zunächst die Ausweisung angeordnet, die später jedoch ausgesetzt wurde. Sowohl Thurik als auch Rose bzw. ihre Familien wurden von der Roten Hilfe unterstützt.

Der Arbeiter Johann Geusendam sollte 1922 wegen einer Jahre zurückliegenden kurzen Haftstrafe ausgewiesen werden. 122 Abgesehen von seiner KPD-Mitgliedschaft und seinem politischen Engagement konnte ihm nichts vorgeworfen

- Zur Entwicklung der Figur des "lästigen Ausländers": Eva Schöck-Quinteros: "Die Dauer des Aufenthalts eines Ausländers in Bremen spielt keine Rolle …". Ausweisung und Verfolgung am Beispiel von Johann Geusendam (1886–1945), in: dies. u.a. (Hrsg.): Bürgerliche Gesellschaft Idee und Wirklichkeit. Festschrift für Manfred Hahn, Berlin 2004, S. 217–244, hier S. 221 f. (Zitat), S. 219. Zu innerdeutschen Ausweisungen: Julia Wambach/Jasper T. Kauth: Abgeschoben aus dem eigenen Land. Innerdeutsche Ausweisungen in der Weimarer Republik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 20 (2023), https://zeithistorische-forschungen.de/1-2023/6102 [11.6.2024].
- 118 Gesuch über die Aufhebung des Ausweisungsbeschlusses von Siegfried Thurik an den Bremer Senat, 19. 3. 1924, StAB, 3.A-10, 263.
- 119 Urteil des Landgericht Oldenburg gegen Meyer u.a., 14.11.1923, NLA OL, Best. 136, Nr. 2857/1.
- 120 Mitteilung der Polizei Leer an die Nachrichtenstelle der Polizei Bremen, 18.11.1924, StAB, 4.65, 471.
- 121 Unterstützungsliste der RH für Januar 19[2]4; Unterstützungsliste der RH für September 1924, StAB, 4.65, 471.
- 122 Geusendam war 1908 aufgrund von "Nötigung" zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden, da er während eines Streiks Kollegen von der Arbeit bzw. vom Streikbruch abgehalten haben soll. Schöck-Quinteros, Ausweisung, S. 232.

werden. Die Bezirksfunktionärin der Roten Hilfe, Gesine Becker, setzte sich in der Bremischen Bürgerschaft als Abgeordnete der KPD für die Aufhebung des Ausweisungsbefehls ein, wo sein Fall fast ein Jahr lang zu erhitzten Diskussionen führte. Die Arbeiterparteien skandalisierten den klassenspezifischen und politischen Charakter der Ausweisung, welche politisch aktive Arbeiter*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wie eine "auf dem Sprung liegende Tigerkatze" bedrohe.123 Der Kampf der Geusendams und der öffentliche Druck zeigten Wirkung: 1922 wurde die Ausweisung unter der Bedingung ausgesetzt, dass sich Johann nicht mehr für die KPD betätige. Dieser Drohung gab die Familie jedoch nicht nach; die einzelnen Familienmitglieder waren weiter in der kommunistischen Bewegung aktiv. 124 Im Zuge des Oktoberaufstands 1923 nahm die Polizei Geusendam in einer ihrer präventiven Razzien fest und ließ vom Militärbefehlshaber militärische Schutzhaft anordnen.¹²⁵ Er und seine Familie erhielten von der Roten Hilfe finanzielle Unterstützung. 126 Nachdem Johann Geusendam 1931 doch noch aus Bremen ausgewiesen worden war, betätigte er sich in den 1930er-Jahren seinerseits für die Rote Hilfe und verhalf politisch Verfolgten zur Flucht in die Niederlande. 127

Das Engagement der Roten Hilfe für Personen, denen aufgrund ihres politischen Engagements eine Ausweisung drohte, beschränkte sich nicht auf den Bezirk Nordwest. Dass dieser spezifischen Form der Repression von der RHD große Bedeutung zugemessen wurde, zeigt der Vortrag über das Asyl- und Aufenthaltsrecht des Juristen Felix Halle auf der ersten Reichstagung der Organisation 1925. Er prangerte den klassenspezifischen Charakter der Ausweisungspraxis an

- Wilhelm Deisen (KPD) in der Bürgerschaftssitzung am 24.2.1922, zit. nach: ebenda, S. 236 (Zitat), S. 232–236.
- 124 Ebenda, S. 231–234, 236 f.
- Tagesbericht Nr. 256 der Abteilung III der Polizeidirektion Bremen, 3. 11. 1923, StAB, 4.65, 1556. Für den Vollzug der Ausweisung reichte dies jedoch nicht aus: Bis 1931 gelang es den Ausweisungsbefürwortern nicht, ausreichend belastendes Material gegen Geusendam zu beschaffen, um ihn trotz der öffentlichen Aufmerksamkeit abschieben zu können. Nachdem die "Einheitsfront von SPD und KPD gegen die Ausländerpolitik" in Bremen zerbrochen war, unterschrieb der sozialdemokratische Senator Deichmann den Ausweisungsbefehl gegen Geusendam, der die Hansestadt zwei Wochen später, am 18. März 1931, verließ. Schöck-Quinteros, Ausweisung, S. 235–237 (Zitat: S. 237).
- 126 Unterstützungsliste der RH für Januar 19[2]4, StAB; Unterstützungsliste der Roten Hilfe für Februar [1924], StAB, 4.65, 471.
- 127 Anklageschrift des Volksgerichtshof Berlin gegen Geusendam, 14. 1. 1942, StAB, 4.54 E, 11007.

und stellte konkrete Reformansätze vor, welche die Behördenwillkür einschränken und die Ausweisungspraxis, die kaum an feste Regeln gebunden und keinerlei Rechte für die Betroffenen beinhaltete, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen abändern sollten.¹²⁸

Fazit - Die Rote Hilfe nach dem "Deutschen Oktober"

Die Einschätzung, dass die Neuorganisation der Roten Hilfe eng mit den Erfahrungen des Oktoberaufstandes verknüpft ist, existiert in der Forschung schon länger. Im Zuge dieser Untersuchung konnte diese These nicht nur bestätigt und illustriert, sondern bedeutend ausgeweitet werden: Nicht nur im Bezirk Wasserkante konstituierte sich die Rote Hilfe angesichts der auf den "Deutschen Oktober" folgenden Verhaftungswelle neu. Vielmehr intensivierte sich die Solidaritätsarbeit auch im Nachbarbezirk Nordwest, in dem es ebenfalls zu zahlreichen Verfahren und Urteilen gegen Aufständische gekommen war.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass insbesondere in den Aufstandsgebieten ein wichtiger Beitrag zur Neuorganisation der Roten Hilfe Deutschlands geleistet wurde. Beide Bezirke reagierten bei der Neustrukturierung zugleich auf Beschlüsse des Zentralkomitees und Erfahrungen aus der alltäglichen Praxis, die eine grundlegende Reorganisation der Roten Hilfe notwendig erscheinen ließen. Damit bewegte sich die Solidaritätsorganisation zwischen politischen Vorgaben "von oben" und einer eigensinnigen Praxis, die durch "Momente der Praktikabilität, besondere Erfahrungen und persönliche Beziehungen" geprägt war und ihrerseits Rückwirkungen auf reichsweite Strukturund Strategiedebatten hatte. Das Ergebnis dieses Prozesses war die Etablierung einer Mitgliederorganisation, die nach ihrem Selbstverständnis eigenständig und überparteilich Unterstützung für politische Verfolgte aus der Arbeiterbewegung organisierte.

Ihrem Anspruch auf Überparteilichkeit konnte die Rote Hilfe nach der Neuorganisation in beiden Untersuchungsgebieten in Teilen gerecht werden. Eine Beteiligung parteiloser Funktionär*innen lässt sich im Bezirk Nordwest in

Brauns, Rote Hilfe, S. 210–214. Zu den Grundlagen und der Ausweisungspraxis: Schöck-Quinteros, Ausweisung, S. 218–222.

¹²⁹ Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 383.

Einzelfällen belegen, für den Bezirk Wasserkante ist sie auf Basis der verfügbaren Quellen nicht nachweisbar. Allerdings spielten in beiden Bezirken nicht-kommunistische Rechtsanwälte eine bedeutende Rolle im Rahmen der Rechtsschutzpraxis. Hier scheint sich die in der Forschung wiederholt vorgebrachte These, dass die Solidaritätsarbeit und ihr teilweise karitativer, über den Organisationsgrundsatz der proletarischen Solidarität hinausweisenden Charakter durchaus zur Einbindung bürgerlicher Unterstützer*innen geeignet war, zu bestätigen.¹³⁰

Frauen spielten in der Roten Hilfe eine bedeutende Rolle, auch während der Phase der Neuorganisation. Die unterschiedliche Quellenlage lässt keinen direkten Vergleich zwischen den beiden Bezirken zu, jedoch finden sich für Nordwest eine Reihe von Belegen für die aktive Arbeit von Frauen als Funktionärinnen. Während dieses Ergebnis nicht auf den Bezirk Wasserkante übertragen werden kann, lässt sich dennoch festhalten, dass auch hier eine explizite Ansprache weiblicher Mitglieder und Unterstützerinnen stattfand. Diese orientierte sich jedoch an der gesellschaftlichen Rollenverteilung, anstatt grundsätzlich über diese hinauszuweisen. Auch Migrant*innen spielten eine aktive Rolle in der Roten Hilfe und wurden durch die Organisation unterstützt. Sowohl im Bezirk Nordwest als auch auf Reichsebene setzte sich die Organisation für Arbeiter*innen ein, die durch das Damoklesschwert der Ausweisung in ihrer politischen Betätigung und ihrer Lebensführung eingeschränkt wurden.

Wenngleich die Rote Hilfe alles andere als frei von gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen war, öffneten sich hier doch Betätigungsfelder für marginalisierte Gruppen, die über die ihnen zugewiesene gesellschaftliche Rolle hinausgingen. Hier wäre zu untersuchen, inwiefern die Organisation eine Art Refugium für unangepasstes Verhalten darstellte, wie sie es bis 1928/29 für dissidente – das heißt nicht nach Parteilinie agierende – Kommunist*innen war.¹³¹

¹³⁰ Theresa Dapp: Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S.503–544, hier S.528 f.; Kurt Schilde: "Schafft Rote Hilfe!". Die kommunistische "Wohlfahrtsorganisation" Rote Hilfe Deutschlands, in: Hering/Schilde, Rote Hilfe, S.31–56, hier S.31 f.

¹³¹ Brauns, Rote Hilfe, S. 77.